



für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 11/25 (Nr.39) am 15. Mai 2025

## US-Militär in der Pfalz

# Militär: Chance für Arbeitsplätze?

In der Pfalz arbeiten allein 12.000 Zivilbeschäftigte für die US-Streitkräfte. Viele davon sind auch in ver.di organisiert. Dort kämpft man nicht nur für ein höheres Gehalt und gegen Sparprogramme, man befürchtet auch einen Truppenabbau. Auch in den Kommunen und der regionalen Wirtschaft rund um Ramstein und Spangdalem herrscht Sorge. Kollege Karl-Heinz Peil hat sich mit der Wirtschaftskraft des US-Militärs auseinandergesetzt und kommt zum Ergebnis, dass Konversion nötig sei. Wir haben den Friedensaktivisten zu uns am 12. Juni um 18 Uhr ins ver.di-Haus eingeladen.

In Deutschland sind derzeit ca. 38.000 US-Soldaten stationiert, davon die Hälfte mit ca. 19.000 in Rheinland-Pfalz. Hiervon ist wiederum die Hälfte in der Großregion Kaiserslautern konzentriert, mit der Air Base Ramstein als Zentrum. Schätzungen gehen von über 40.000 US-Amerikanern aus, die insgesamt mit Familienangehörigen und zivilen US-Dienstleistern in der „Kaiserslautern Military Community“ leben. Direkt an der Air Base Ramstein in der Gemarkung Weilerbach entsteht derzeit ein neues Krankenhaus. Dieses soll das bisher größte US-Hospital außerhalb der USA in Landstuhl ersetzen, wenn es Ende 2027 fertig gestellt wird. Die Kosten werden inzwischen aktualisiert auf fast 1,5 Mrd. Euro geschätzt, von de-

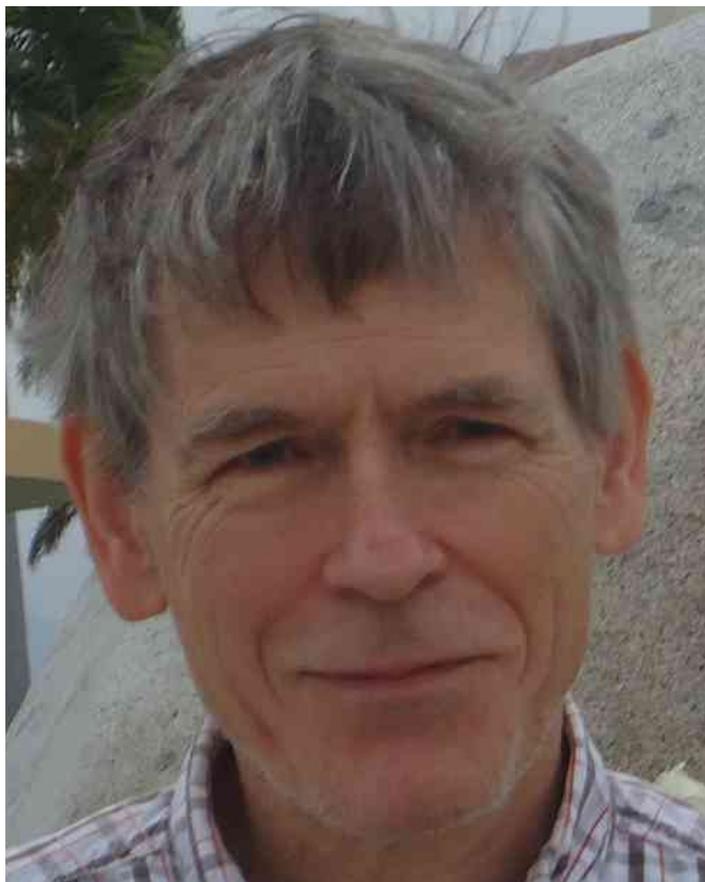


nen 15% als Planungskosten aus dem deutschen Bundeshaushalt bezahlt werden.

Die ca. 30.000 Flugbewegungen pro Jahr auf der Air Base Ramstein verlärmern die Großregion Kaiserslautern rund um die Uhr. Dabei ist der Lärmpegel der älteren Transportflugzeuge im Vergleich zu den zivilen Flugzeugen erheblich. Dazu trägt auch die auf der Air Base stationierte Luftbetankungsflotte bei.

Der Flugverkehr verursacht auch erhebliche Bodenbelastungen durch Kerosinablass. Diese sind mit Sicherheit nur zum Teil auf das genehmigte und von der Flugsicherung dokumentierte „Fuel Dumping“ vor Landeanflügen zurückzuführen. Pfützen im Waldboden und Schlieren an Fenstern von Wohngebäuden mit deutlichen Kerosinspuren dokumentieren eine erhebliche Grauzone, die sich letztlich auch in gesundheitlichen Langzeitbelastungen der Bevölkerung niederschlägt. Wesentlich daran beteiligt sind auch Altlasten im Boden, die sich über Jahrzehnte angehäuft haben und eine Langzeitbelastung für die Trinkwasserversorgung haben. Dieses gilt insbesondere für die PFAS-Schadstoffgruppe, die durch früheren exzessiven Umgang mit Löschsäumen bei Feuerwehrrübungen auch im Boden und Grundwasser unter der Air Base mittlerweile das Hauptproblem darstellt.

Über die Großregion Kaiserslautern hinaus sind gro-



**Karl-Heinz Peil ist in der Friedensbewegung aktiv. Er ist zweiter Vorsitzender des Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. in Frankfurt am Main und verantwortlicher Redakteur des zweimonatlich erscheinenden Friedensjournals, das der Bundesausschuss Friedensratschlag herausgibt. Als Einzelperson bringt er sich aktiv in den Koordinierungskreis der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ ein. Er ist der Experte für Militär und Umwelt.**

ße Teile der Westpfalz von Kampfjet-Übungszonen betroffen. Kampfjets von der US Air Base Spangdahlem, dem Bundeswehr Fliegerhorst Nörvenich (teilweise temporär von Büchel ausgelagert) und anderen NATO-Ländern verlärmern regelmäßig die Großregion in einem Umfang, der seit langen Jahren von einer Bürgerinitiative dokumentiert wird. Ein Grund für diese Fokussierung auf die Westpfalz liegt in der speziellen Infrastruktur mit mehreren, regional verteilt liegenden Telekommunikationsstationen, mit denen z.B. feindliches Radar bei Kampfeinsätzen simuliert wird. Karl-Heinz Peil vertritt die These, dass das Militär für die Region und seine Wirtschaft kein Segen, sondern Fluch sei. Medial wird allerdings behauptet, die Präsenz des US-Militärs sei einwichtiger Wirtschaftsfaktor. Bei genauerem Blick zeige sich, dass dieses nur mit monetären Taschenspielertricks möglich sei, so die Meinung von Karl-Heinz Peil. Man müsse auch die externen Kosten der US-Militärpräsenz betrachten. Dazu genüge ein Blick auf den Kaufkraftindex pro Kopf, der jedes Jahr für alle Stadt- und Landkreise erhoben wird. Kaiserslautern liegt dabei auf den hintersten Plätzen deutschlandweit.

Dass der Anteil der vom US-Militär erzeugten Kaufkraft in der Region nur recht gering ist, habe damit zu tun, dass die ausgewiesenen deutschen Kolleginnen und Kollegen auf der Ramstein Air Base und bei der US Army in Kaiserslautern größtenteils in schlecht bezahlten Dienstleistungsjobs tätig sind. So die These von Karl-Heinz Peil.

Besonders gravierend ist hierbei die hohe Flächenbelegung des US-Militärs. Eine Rückgabe von Flächen mit erfolgreicher ziviler Nachnutzung erfolgte bisher nur in Einzelfällen. Um dringend benötigte neue Industrie- und Gewerbeflächen auszuweisen, müssten aber bereits versiegelte Flächen aus vorangegangener militärischer Nutzung übergeben werden, statt wertvolle Acker- und Wiesenflächen in Randbereichen zu zerstören.

Qualifizierte Tätigkeiten könnten bei einer Schließung des Militärstandortes in großem Maße geschaffen werden. Dann würden zunächst viele Arbeitsplätze geschaffen, um die notwendige Altlastensanierung in Boden und Grundwasser vorzunehmen.

Karl-Heinz Peil wird sich bei seinem Vortrag mit den Planungen des US-Militärs befassen und Gedanken für eine soziale und ökologische Entwicklung darlegen. Wie könnte eine sozial-ökologische Transformation aussehen? Wie können wir Menschen für den Gedanken der Konversion gewinnen?

Der Umbau geht allerdings nur mit den Beschäftigten, nicht gegen sie. Selbstverständlich vertreten wir die ver.di-Kolleg\*innen im Kampf für ihre Rechte. Denn es gibt die Angst um den Arbeitsplatz, wie bei allen Lohnabhängigen. Für die in der Rüstungsindustrie oder bei den US-Streitkräften Beschäftigten hat der Erhalt ihrer Existenzgrundlage, ihres Arbeitsplatzes, genau die gleiche Bedeutung wie für die abhängig Beschäftigten in der zivilen Produktion. Klar müsste sein: Geld, das bisher in die Rüstungsindustrie gestopft wird, könnte für Klima, Pflege, Gesundheit, Bildung verwendet werden. Und damit könnten qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden.

## Erster Mai in Saarbrücken

# ver.di Saar-Blies mit klarer Botschaft

Tag der Arbeit, Maifeiertag, Kampftag der Arbeiterbewegung: Wir, der DGB, und deren Mitgliedsgewerkschaften waren in Saarbrücken dabei. Bei der Demo und Kundgebung hieß es „Mach dich stark mit uns“. Auch anschließend hieß es feste feiern, denn der 1. Mai ist unser Feiertag.

Unter dem Motto „Mach dich stark mit uns!“ haben sich am 1. Mai in diesem Jahr 310.000 Menschen an insgesamt 420 Veranstaltungen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds beteiligt. In Saarbrücken startete die Maiveranstaltung auf dem Tbilisser Platz vor dem Staatstheater und zog zu einer Kundgebung zum Schlossplatz.



Tarifverträge seien die Lösung für gerechte Arbeitsbedingungen und Gleichberechtigung, sagte der stellvertretende Bezirksvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Timo Ahr, auf der Kundgebung. Die neue Bundesregierung müsse nun das im Koali-



tionsvertrag vereinbarte Tarifreuegesetz schnell umsetzen. Aber auch Beschäftigte ohne Tarifvertrag müssten stärker vor Ausbeutung geschützt werden, etwa durch einen Mindestlohn von 15 Euro. Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft IGBCE, Michael Vassiliadis, warnte, dass die künftige Bun-



desregierung unter massivem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Druck stehen werde.

Unter den Demonstranten waren zahlreiche Mitglieder unserer ver.di. Inhaltlich fielen sie durch ihre klare Abrüstungs- und Friedensbotschaft auf. „Sozial statt Kriegstüchtig“, hieß es da und „Gewerkschaften für den Frieden“ und neben normalen ver.di-Fahnen auch die Fahnen der Pflege „Aufstehn für die Pflege.“ Eine Billion für Kriegstüchtigkeit, da bleibt nichts übrig für die Pflege wie auch andere Dinge des sozialen Bereichs. Und wir wissen, dass Aufrüstung und Krieg immer zulasten der arbeitenden Menschen geht. Deswegen war es wichtig, dass zahlreiche Friedensfahnen und Symbole gezeigt wurden. Bedauerlich, dass die Redner die Umverteilung von Mitteln des Sozialstaats in die Kriegsertüchtigung nicht thematisierten. Es scheint noch nicht erkannt worden zu sein, dass die enormen Ausgaben für Rüstung den Spielraum für Gewerkschaften einschränkt.



## Friedensfähig statt kriegstüchtig

# Ostermärsche Teil der politischen Kultur

Zehntausende friedensbewegte Menschen demonstrierten an den Ostertagen für Frieden, gegen die Kriege, für Abrüstung und gegen weitere Aufrüstung. „Wir haben mit der Anzahl der Einzelaktionen und den Teilnehmerzahlen das Niveau gehalten und teilweise deutlich übertroffen“, so der Sprecher der Infostelle Ostermarsch 2025, Willi van Ooyen.

Die überwunden geglaubte Ideologie des Kalten Krieges mit Säbelrasseln, alten und neuen Feindbildern, Bruch des Völkerrechtes, gepaart mit Aufrüstung und Rüstungsexporten verunsichert die Menschen und verbreitet Angst. Umso bedrohlicher ist die für das Jahr 2026 geplante Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Dagegen wurden überall Unterschriften unter dem „Berliner Appell“ gesammelt.

Die zunehmend direkte Betroffenheit durch offene Kriegsvorbereitungen zeigte sich vor allem in der Präsenz von Jugendbündnissen. Diese beteiligten sich bei den Aktionen mit ihren Forderungen gegen die geplante Reaktivierung der Wehrpflicht und für die Beibehaltung der Zivilklausel in den Universitäten. Spürbar sind für die Menschen auch die sich abzeichnenden Mittelkürzungen für Sozialausgaben zugunsten gesteigerter Rüstungslasten.

Wie in den Kundgebungsreden zum Ausdruck kam, verweigert sich die Friedensbewegung dem Zwangsdenken von Kriegspropaganda, Kriegsdrohungen und Kriegsführung. Sie hält fest an ihrer Vision von einer Welt ohne Atomwaffen, von einem entmilitarisierten Europa der Völkerverständigung und einem Deutschland, von dessen Boden kein Krieg, sondern Frieden ausgeht und Ressourcen für die Lösung der globalen Menschheitsprobleme bereit gestellt werden. Nationalismus und Rassismus wurde bei den Kundgebungen eine eindeutige Absage erteilt.



Auch der Ostermarsch an der Saar war ein Erfolg mit deutlich mehr Teilnehmerinnen als in den Vorjahren. Auffallend die stärkere Teilnahme von Gewerkschaftsaktiven verschiedener Gewerkschaften. Aufmerksamkeit erregte die Ostermarschrede unseres

Geschäftsführers der ver.di-Region Saar Trier, Christian Umlauf.

Angesichts der weltweiten Kriege, die auch durch deutsche Kriegseteiligung und Waffenlieferungen angeheizt werden, fordert der Sprecher der Infostelle Ostermarsch, Willi van Ooyen: „Die Friedensbewegung darf den Regierenden ihre Unschuldsbekundungen nicht durchgehen lassen. Sie macht weiter mit vielfältigen Aktionen für Frieden und Abrüstung. Die deutsche Politik trägt große Verantwortung für das Morden in aller Welt. Eine neue Entspannungspolitik muss her.“

## Papst Franziskus:

# „Man muss kämpfen, um zu leben“

Eine schlichte, weiße Marmortafel mit der einzigen Inschrift „Franciscus“ beendete das Pontifikat von Papst Franziskus. Er war ein Papst, der klar Stellung bezog – gegen Krieg, gegen Ausbeutung und Armut. „Brücken bauen und keine Mauern“ ist eine Ermahnung, die er immer wieder ausgesprochen hat. Bezeichnend dafür ist, dass ihn seine erste Reise nach Lampedusa führte, der Insel, die zum Symbol für das Drama der Migration geworden ist, bei dem Tausende von Menschen im Meer ertrunken sind und immer noch ertrinken.



In ihm hatten die sozialen Bewegungen einen zuverlässigen Ansprechpartner und Freund. Er lud sogar die Volksbewegungen zu ihrem Welttreffen in den Vatikan ein. Für den Papst waren diese Aktivist:innen eine „Armee der Solidarität, Hoffnung und des Gemeinschaftssinns“ sowie „wahre soziale Poeten, die mit kreativer Kraft menschenwürdige Lösungen für die drängendsten Probleme der Ausgeschlossenen erdenken und umsetzen, die bis in die vergessenen Randgebiete unserer Gesellschaft hineinreichen“.

Heftige Reaktionen rief er mit seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii gaudium“ hervor, mit dem er die profitgetriebene Wirtschaft kritisierte: „Wir dürfen nicht mehr auf die blinden Kräfte und die unsichtbare Hand des Marktes vertrauen. ... Diese Wirtschaft tötet. ... Man muss kämpfen, um zu leben – und oft auch nur, um ein wenig würdevoll zu leben.“

Und am 16.10.2021 lasen wir von ihm: „Dieses System mit seiner unerbittlichen Profitlogik entzieht sich jeder menschlichen Kontrolle. Es ist an der Zeit, die Lokomotive zu bremsen, die auf den Abgrund zurast.“

Der Papst positionierte sich gegen die weit verbreitete Illusion, dass ein florierender Kapitalismus auch den Armen helfen würde: „Das Versprechen lautete: Sobald das Glas voll ist, würde es überlaufen und den Armen nützen. In Wirklichkeit aber geschieht etwas anderes: Sobald das Glas voll ist, wird das Gefäß auf irgendeine magische Weise größer. Daher springt für die Armen nie etwas heraus“, sagte Papst Franziskus in einem Interview mit der Zeitung La Stampa am 14. Dezember 2013. Erkenntnisse, die man sich von mancher Gewerkschafterin oder Gewerkschafter wünschen würde.

## 2,7 Billionen Dollar

# Explodierende Rüstungsausgaben

Die weltweiten Militärausgaben sind laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI im letzten Jahr auf den Rekordwert von 2,7 Billionen Dollar gestiegen. Deutschland liegt nach einem enormen Zuwachs von 28 Prozent nun sogar auf Platz vier der Länder mit den höchsten Ausgaben für das Militär.

Während uns Politiker und Journalisten weismachen wollen, wir müssten immer weiter aufrüsten, um uns gegen eine vermeintlich übermächtige Bedrohung durch Russland zu schützen, zeigen die Zahlen, wie verlogen das ist: Die NATO-Staaten geben mit 1,5 Billionen Dollar das Zehnfache im Vergleich zu Russland für das Militär aus. Auch ohne die USA übersteigen die Militärausgaben der europäischen NATO-Staaten die Russlands mit 454 Milliarden zu 149 Milliarden Dollar um mehr als das Dreifache.

Wir brauchen keine unbegrenzten Aufrüstungsschulden, die die Bürger noch abbezahlen werden, wenn die Panzer längst verrottet sind, sondern massive Investitionen in Schulen, Krankenhäusern, Brücken und Schienen!

## CDA Kritik

# Gab es von Adenauer bis Merkel nicht

Kein Vertreter der CDU-Arbeitnehmer im neuen Kabinett. Das verärgert unsere christlichen Kolleginnen und Kollegen. Sie befürchten einen gefährlichen Kurswechsel. Kurz nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen sorgt CDU-Chef Friedrich Merz bereits für mächtig Zoff in der Union. Nicht nur durch seine Ziele für die kommende Legislaturperiode, sondern auch durch die Aufstellung seines Kabinetts. Mit der Auswahl seiner Ministerinnen und Minister hat Merz den Arbeitnehmerflügel der Partei, die Christlich-DEMOKRATISCHE ARBEITNEHMERSCHAFT (CDA), regelrecht vor den Kopf gestoßen.

Der Vorsitzende des CDU-Arbeitnehmerflügels CDA, Dennis Radtke, hat nach der Bekanntgabe des Personaltableaus der CDU für die neue Bundesregierung seine Partei kritisiert: „Eine Bundesregierung ohne Beteiligung der CDA kannte ich bisher nur aus Zeiten, in denen die CDU in der Opposition war“, sagte Kollege Radtke. Er „finde es befremdlich und falsch, dass kein Vertreter der christlich-sozialen Wurzel unserer Partei Teil des Kabinetts ist – das hat es von Adenauer bis Merkel nie gegeben“.

Die Defizite beim sozialen Profil begleiteten die CDU seit vielen Jahren und sorgten mit dafür, dass die öffentliche Wahrnehmung der Partei an vielen Stellen kaltherzig und unsozial sei, obwohl der Sozialstaat in seiner heutigen Gestalt von Christdemokraten geprägt worden sei, erklärte Radtke weiter.

## ver.di gratulierte:

# Saar-Verdienstorden für Horst Bernard

Am 29. April erhielt der 93jährige Antifaschist Horst Bernard aus den Händen der Ministerpräsidentin Anke Rehlinger den Saarländischen Verdienstorden.



Die Eltern waren im saarländischen Widerstand gegen den Anschluss des Saarlandes an Hitlerdeutschland und die Familie musste 1935 nach Frankreich emigrieren. Die Familie kämpfte in der französischen Resistance. 1945 kehrten sie zurück. Horst Bernard engagierte sich in der Nachkriegszeit gegen Alt- und Neonazis, verfasste mehrere Bücher und ist durch sein Engagement für Erinnerungsarbeit und als Gewerkschafter und langjähriger Vorsitzender der VVN-Bund der Antifaschisten im Saarland sehr bekannt. Der Ingenieur übte in seinem Berufsleben verschiedene gewerkschaftliche und betriebliche Funktionen aus.

Mit dem Saarländischen Verdienstorden würdigte das Land dessen jahrzehntelanges Engagement. Die feierliche Verleihung fand in der Festhalle der Staatskanzlei statt.

Horst Bernard hat Generationen junger Menschen für die Gefahren von Diktatur, Rassismus und Antisemitismus sensibilisiert. Anke Rehlinger würdigte nicht nur seine Besuche als Zeitzeuge an Schulen, sondern auch seine Führungen auf dem Gelände des ehemaligen Gestapo-Lagers Neue Bremm. Über 400 sollen es mindestens sein.

Horst Bernard sprach in seiner Dankesrede nicht nur über die Vergangenheit, sondern auch über die Verantwortung der Gegenwart für die heutigen Generationen. Anke Rehlinger würdigte Bernard als eine der wichtigsten Stimmen der Erinnerungskultur im Saarland. Sie sagte, dass Bernard nicht weggeschaut, sondern hingesehen und gehandelt habe.

Er habe den Mut gehabt, das Unsagbare zur Sprache zu bringen.

Unser ver.di-Ortsverein war auch beim Empfang in der Staatskanzlei und gratulierte dem Kollegen von ganzem Herzen.

# Die BTK hat entschieden

Die Bundestarifkommission ö. D. stimmte am 12. Mai 25 mehrheitlich nach der Mitgliederbefragung für Annahme der Tarifeinigung vom 6. April. Für eine Annahme hatte sich bis zum 9. Mai 52,2 Prozent der Mitglieder ausgesprochen. An der Befragung beteiligten allerdings lediglich 24,1 Prozent der betroffenen ver.di-Mitglieder.

Die Einschätzungen zum Verhandlungsergebnis gehen auch jetzt noch weit auseinander. Wir berichteten im letzten Rundbrief. Auch der ver.di-Bundesvorstand sieht in dem Ergebnis der Mitgliederbefragung einen Auftrag an uns alle, weiter im Gespräch zu bleiben und zu diskutieren, was wir aus dieser Tarifrunde für zukünftige Auseinandersetzungen lernen können.

## Hier die Erklärung des ver.di-Bundesvorstandes:

„Das Ergebnis der Mitgliederbefragung zeigt ein realistisches Bild zu der Stimmungslage angesichts des Tarifabschlusses. Es gibt Akzeptanz, aber auch Kritik“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. „Es zeigt aber auch, was wir gemeinsam mit mehreren Warnstreikwellen durchsetzen konnten, zumal unter zunehmend schwierigeren politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Letztlich haben wir prozentuale Einkommenssteigerungen oberhalb der zu erwartenden Inflationsrate erreicht, ebenso wie Verbesserungen bei einigen Zuschlägen und einen zusätzlichen Urlaubstag.“

Der Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 27 Monaten bis zum 31. März 2027 sieht unter anderem folgende Regelungen vor: Rückwirkend ab April 2025 erhalten die Beschäftigten eine Entgelterhöhung von 3,0 Prozent, mindestens aber 110 Euro pro Monat, wovon insbesondere Menschen aus den unteren Lohngruppen profitieren. Eine weitere Erhöhung um 2,8 Prozent erfolgt ab Mai 2026. Darüber hinaus steigen die Zulagen für besonders belastende Arbeitszeiten deutlich: von 40 auf 100 Euro monatlich für Schichtdienste, von 105 auf 200 Euro für Wechselschichtdienste,

in Krankenhäusern von 155 auf 250 Euro. Alle Zuschläge werden dynamisiert, sie steigen also bei künftigen Tariferhöhungen prozentual mit. Bei der Arbeitszeit wurde ein zusätzlicher Urlaubstag ab dem Jahr 2027 vereinbart.“

Unser **Vorstandsmitglied Michael Quetting** hat sich schon in der letzten Ausgabe kritisch zum Abschluss geäußert. Er findet es besonders schlimm, dass das Tarifiergebnis die historische Errungenschaft des Achtstundentags zu unterminieren beginnt. In einem Interview hat er die Freiwilligkeit im Gesundheitswesen als Witz bezeichnet.

Sein Kommentar nach der Befragung ist nachdenklich und durchaus auch selbstkritisch:

„Erschreckend ist weniger der Umstand, dass 50 % der sich an der Befragung beteiligten Kolleginnen und Kollegen sich gegen das Verhandlungsergebnis aussprachen, Sorge sollte uns bereiten, dass noch nicht einmal jedes 4. Mitglied bereit war, sich an der Befragung zu beteiligen. Wie man dies auch immer bewerten mag, es zeigt, dass es den Betriebsgruppen und erst recht den Gewerkschaftssekretären und Vorständen nicht gelungen ist, unsere Mitglieder zu befähigen, sich an dem demokratischen Prozess zu beteiligen.“

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich und auch verantwortlich, dass die BTK sich mehrheitlich für eine Annahme aussprach, da mit einer solchen Organisation kein Kampf gewonnen werden kann.

Schon bei den Stärketests zeigte sich, dass die Organisation Mängel bei der Durchdringung ihrer Orien-





tionierung hat, bestimmte Organisationsmethoden, die erfolgreich in den vergangenen Jahren angewendet wurden, gehören offenbar immer noch nicht zum Werkzeug der Funktionäre.

Bei jenen, die mit „nein“ stimmten mag die Wut über das Ergebnis sehr groß sein, aber Wut mag zwar verständlich sein, sie ist aber nicht sehr hilfreich beim Überzeugen der Menschen. Auch den Kritikern gelang es nicht, die Kolleginnen und Kollegen zur Beteiligung an der Abstimmung zu bewegen. Es fehlt offenbar flächendeckend an der Erkenntnis, dass man Kräfteverhältnisse in laufenden Kämpfen auch verän-



dern kann.

Bemerkenswert ist der Umstand, dass auch die Verhandler auf unserer Seite, das Ergebnis nicht gut redeten. Unser Vorsitzender sprach von einem schwierigen Ergebnis in schwierigen Zeiten.

Zufrieden ist folglich Niemand. Die knappe Mehrheit jener, die sich äußern, meinen, man müsse das aktuelle Kräfteverhältnis so zur Kenntnis nehmen, mehr sei nicht drin. Das Kräfteverhältnis wird sich nur nicht ändern, weil wir lediglich an die Vernunft der politisch Verantwortlichen appellieren. Wir sollten begreifen, das Sparen an der Daseinsvorsorge in all seinen Facetten ist politisch gewollt und geht einher mit der Aufrüstung. Wenn wir diesen Zusammenhang nicht erkennen und die Kolleginnen und Kollegen bewusst



in die Auseinandersetzung führen, werden wir keine Kämpfe gewinnen.

Fakt ist offenbar, dass unsere Gewerkschaft nicht auf der Höhe der Zeit ist. Unsere Frage muss deshalb sein, welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus. Wir hatten schon im Rundbrief vom 14. April betont, dass die Lage nicht einfacher wird. Wir sollten uns der sich verändernden Kampfbedingungen bewusst werden und daraus die Schlussfolgerungen ziehen. Es geht ums Eingemachte. Es wird nicht leichter. Ganz im Gegenteil.

Und da ist es egal, welche Meinung man vertritt. Wir alle sollten aufgeschreckt sein, wenn wir sehen, wie wenige schließlich bereit sind, sich einzubringen. Das spricht nicht für unsere Werkzeuge und nicht für unsere Überzeugungskraft. Unsere ver.di muss auf die veränderten Bedingungen eingestellt werden.“

#### **Und nun?**

Bei all dem sollten wir aber auch nicht vergessen, das was wir erreicht haben, durchaus ein Ergebnis unseres Kampfes ist. Unsere stellvertretende Vorsitzende Christine Behle hat das in ihrem Schreiben an alle Mitglieder des betroffenen Bereiches betont.

Das Tarifergebnis ist nun beschlossen und es folgt die redaktionelle Abstimmung der Tarifvertragstexte.. ver.di setzt sich dafür ein, dass Bund und VKA das Ergebnis schnell umsetzen, damit die Entgelterhöhungen zeitnah ankommen. Der Bund wurde aufgefordert, das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Bundesbeamtinnen und Beamten zu übertragen.

80 Jahre danach

# ver.di gedachte den Zwangsarbeitern

Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung vom Faschismus. Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht besiegelte das Ende der Nazi-Diktatur und bedeutete einen Sieg über Faschismus, Antisemitismus, Rassenwahn und den NS-Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Auch unser Ortsverein gedachte dem denkwürdigen Tag.

Vor 80 Jahren, am 8. Mai 1945, endete der 2. Weltkrieg. Drei Generationen später gewinnen Rassismus und rechtsextremes Gedankengut auch in Deutschland wieder an Boden. Gleichzeitig wurde 80 Jahre nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus jene Befreier, die den größten Blutzoll mit 27 Millionen Toten brachten, von Gedenkfeiern ausgeladen und Russland wieder zum Feind erklärt.



Der 8. Mai steht für den Sieg der alliierten Kräfte über die Verbrechen und die Barbarei des Nationalsozialismus. Wir sagten an diesem Tag auf drei Veranstaltungen Merci, Спасибо und Thank you. So waren wir bei der deutsch-französischen Gedenkfeier im ehemaligen Gestapolager auf der Neuen Bremm dabei, nachmittags gedachten wir auf dem amerikanischen Militärfriedhof in St. Avold den dort begrabenen 10.489 Toten.



Um 18.00 Uhr fand dann unsere Veranstaltung bei ver.di statt. Charlotte Matheis konnte 39 Kolleginnen und Kollegen begrüßen. Wir hatten Dr. Inge Plettenberg eingeladen, eine ausgewiesene Expertin in Sachen Zwangsarbeiter an der Saar. Ihr sachlicher und

mit sehr viel Informationen versehener Vortrag, einschließlich Bildern, die der Öffentlichkeit noch unbekannt waren, gab uns Einblick, warum dieser Tag gerade für diese Menschen ein Zeichen der Freude und Dankbarkeit gegenüber den Befreiern war.

Hitler sprach selbst davon, dass man den Krieg gegen die Sowjetunion nicht mit bisherigen Kriegen vergleichen dürfe, es handle sich um einen „Rassenkrieg“. Es ging um die Vernichtung eines rassistisch minderwertigen Teils der Menschheit. Die slawischen Völker waren wie die Juden zum Ziel faschistischer Eliminierung geworden. Belegt wird dies durch die Ausführungen des „Generalplans Ost“, in dem die Ausrottung slawischer Menschen durch Ermordung, Hunger und Sklavenarbeit als Voraussetzung „arischer“ Besiedlung der eroberten Gebiete definiert wurde. Auf die Entvölkerung der slawisch besiedelten Gebiete sollte die deutsche Besiedlung riesiger





Ländereien des Ostens folgen, von Leningrad bis zur Ukraine, zur Krim, zum Donez- und Kubangebiet, zur Wolga und zum Kaukasus; phantasiert wurde auch vom Ural und vom Baikalsee.

Als das „Großdeutsche Reich“ mitsamt den eroberten Gebieten seine größte Ausdehnung erreichte, Anfang 1942, begannen wichtige Ressourcen knapp zu werden. Kohle, Eisen und Stahl, Treibstoff, Transportkapazitäten und – Arbeitskräfte. Um den ganzen riesi-

Hitlerdeutschland in der Rüstungsproduktion verstieß gegen die Haager Landkriegsordnung und stellte ein Kriegsverbrechen dar.

Bis zu 20 Millionen Menschen in ganz Europa – Deutsche nicht gerechnet – arbeiteten von 1940 bis 1945 für das faschistische Deutsche Reich. Acht bis neun Millionen – man nannte sie gerne „Fremdarbeiter“ – waren in Deutschland im Einsatz, und der Rest für Deutschland in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten. Kriegsgefangene, Verschleppte, Zwangsverpflichtete und in einer geringeren Zahl auch freiwillige zivile Arbeitskräfte aus mehr als dreißig Nationen. Allein an der Saar gab es knapp 45.000 polizeilich gemeldete Zwangsarbeiter (1944), im sogenannten Reichsgau Westmark wurden 159.595 (1943) gezählt. Dazu kamen 87.700 Kriegsgefangene (1944) aus zwei Lagern bei Forbach und Boulay, die von der Wehrmacht an Firmen im Saarland „verliehen“ wurden. Folglich verrichteten etwa 140.000 Arbeitsklaven an der Saar ihre Arbeit. Davon etwa weniger als 50.000 sowjetische Menschen.



Besonders lukrativ für die Industrie war die Arbeit von Frauen und Jugendlichen aus der Sowjetunion, denen nach Abzug von „Ostarbeiterabgabe“ und Kosten für Unterkunft und Verpflegung als Stundenlohn nur Pfennigbeträge blieben.

In der Saar-Region fand die Befreiung der Zwangsarbeiter schon vor dem 8. Mai 1945 statt. Sie begann mit der Eroberung eines amerikanischen Brückenkopfes rechts der Saar und dem Aufbau der ersten amerikanischen Militärregierungsabteilungen in Saarlouis ab 7. Dezember 1944, am 20. März 1945 in St. Wendel und am 21. März 1945 der Militärregierungsabteilung in Saarbrücken. Oberst Louis G. Kelly, übernahm den Oberbefehl über alle amerikanischen Militärverwaltungsabteilungen in den saarländischen Städten. Am 21. März 1945 war das gesamte Saarland von Amerikanern besetzt. Die Kampfhandlungen endeten. „Die Unterdrückten verdrückten sich“, während im Rest des „Reiches“ der Krieg weiterging. Brauchten viele Deutsche noch etwas länger, um die Niederlage als Befreiung zu begreifen, für die ausgebeuteten Zwangsarbeiter war es ohne Zweifel eine Befreiung.

ver.di Saar-Blies ist eine würdige und eine informative Veranstaltung gelungen. Wir haben den Befreierinnen Danke gesagt und bedanken uns auch bei Kollegin Dr. Inge Plettenberg.



gen Raum militärisch niederhalten und ökonomisch ausplündern zu können, brauchte das NS-Regime Personal: Soldaten, Personal für die Besatzung und Verwaltung der besetzten Gebiete. Personal, das das Transportsystem in Gang hielt, damit die „Räder rollten für den Sieg“. Mehr und mehr deutsche Arbeitskräfte mussten aus der Kriegsproduktion an die Front abgezogen werden. Im Saarland gerieten dabei rund 110.000 Männer in Kriegsgefangenschaft. Es kam zum großflächigen Einsatz der Zwangsarbeiter. Der Einsatz von Kriegsgefangenen und zwangsrekrutierten Zivilpersonen aus den besetzten Gebieten durch

## ver.di Landesbezirk

# Neuwahl der/des ver.di-Landesleiter/in

Auf der Landesbezirksvorstandssitzung von ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland am 5. Juni wird unser Vorstandsmitglied Michael Quetting seine Kandidatur zum Landesleiter begründen. Auf der außerordentlichen Landesbezirkskonferenz am 21. November 2025 wird ver.di eine neue Landesbezirksleiterin oder einen Landesbezirksleiter wählen, da der bisherige Landesleiter Michael Blug zurücktritt.

Neben Michael Quetting hat bisher auch die Koblenzerin und aktuelle stellvertretende Landesbezirksleiterin Marion Paul ihre Kandidatur angekündigt. Ursprünglich hatten wir an dieser Stelle die Begründung von Michael für eine Kandidatur dargestellt. Wir haben darauf dann verzichtet, weil wir ihn nicht bevorzugen wollen. Wir würden uns freuen, wenn uns alle Kandidatinnen und Kandidaten ihre Position darlegen würden. Selbstverständlich würden wir sie veröffentlichen.

### Kurz-Statement:

## Frank Werneke zu Bundeskanzler Merz



Zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz am 14.5. erklärte der Frank Werneke:

„Die angekündigte Aufweichung der täglichen Höchstarbeitszeit durch die Einführung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit unter der Überschrift „Mehr Flexibilität für die Beschäftigten“ verkaufen zu wollen, ist ein schlechter Witz. Dieses Vorhaben setzt stattdessen viele Menschen massiv unter Druck, länger arbeiten zu müssen. Das ist Gift für die Gesundheit. Schon jetzt leiden in vielen Branchen - etwa in der Logistik, in der Pflege oder im Handel – viele Menschen unter zu hoher Belastung. Das Gebot der Stunde ist daher: nicht mehr Belastung, sondern mehr Entlastung für die Beschäftigten.“

Merz' Aussage, eine höhere Tarifbindung anzustreben, findet unsere Zustimmung. Wir erwarten deshalb, dass die Verabschiedung eines Bundestarifreugesetz Teil des 100-Tage-Programms der Bundesregierung wird. Dass der Bundeskanzler einen Mindestlohn von 15 Euro pro Stunde im Jahr 2026 für erreichbar, möglich und wünschbar hält, begrüßen wir ausdrücklich - dass er aber heute ausschließt, dies nötigenfalls gesetzlich festzuschreiben, ist falsch. Das ist eine Einladung an die Arbeitgebervertreter, in der Mindestlohnkommission in die Blockade zu gehen. Die 15,00 Euro müssen kommen - wenn notwendig, durch den Gesetzgeber festgelegt.“

## Glückwünsche an Karl-Heinz

# 80 Jahre aktiv



Am 21. Mai 2025 vollendet unser Mitglied Karl-Heinz Kesternich sein 80. Lebensjahr. Wir gratulieren ganz herzlich.

Kollege Karl-Heinz gehört zu den Aktivisten unserer Gruppe, nimmt regelmäßig an den Veranstaltungen und auch an den Aktionen teil. Er ist ein überzeugter Gewerkschafter, der unsere Versammlung stets mit seinen Wortbei-



trägen bereichert. Aus einer Gewerkschaftsfamilie stammend verfügt er über einen schier unbegrenzten Erfahrungsschatz.

Karl-Heinz zeichnet sich durch seinen Einsatz und seine Ehrlichkeit aus. Er ist stets aufgeschlossen und solidarisch. Besonders engagiert er sich bei der VVN-

Bund der Antifaschisten. Auch dort ist er mit seiner unermüdlichen Konsequenz, Aufgeschlossenheit und Bescheidenheit besonders beliebt. Sein Eintreten gegen faschistische und rechtsextreme Politik ist ihm zum Lebensinhalt geworden.

Von uns ein herzliches Glückauf. Es ist schön, dass Du bei uns bist.



### **Impressum:**

Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand  
ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier  
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: [christian.umlau@verdi.de](mailto:christian.umlau@verdi.de)  
OV-Vorsitzender: [Rainer.Tobae@web.de](mailto:Rainer.Tobae@web.de)  
Redaktion und Bestellung: [Michael@Quetting.de](mailto:Michael@Quetting.de)  
Fotos: Kay Herschelmann, Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf